

# BAYERN-KURIER

DIE WOCHENZEITUNG FÜR DAS BAYERISCHE VOLK

Nummer 1 / 1. Jahrgang

München, den 3. Juni 1950

Einzelpreis 10 Pfenni g

## EUROPA UND RELIGIÖSE AUFRÜSTUNG

### Ministerpräsident Dr. Ehard schreibt:

Dem „Bayern-Kurier“ ist die hohe Aufgabe gestellt, in der politischen Auseinandersetzung der Stimme der Vernunft und der Nüchternheit Gehör zu verschaffen, für die Verwirklichung der christlichen und sozialen Forderungen im öffentlichen Leben sich einzusetzen und die Notwendigkeit der politischen Entscheidungen der bayerischen Staatsregierung als auch der Bundesregierung überzeugend darzustellen. Der aus seinem Namen ihm erwachsene Verpflichtung bewußt, möge der „Bayern-Kurier“ im besonderen Maße ein Spiegel unseres bayerischen politischen Lebens sein, unserer Mühen und Sorgen, aber auch unserer Mitwirkung in der Politik des Bundes und in der gerade von Bayern bejahten europäischen Völkerfamilie. Der kompromißlose Mut für Wahrheit wird dabei das beste Unterpfand für den Erfolg sein, den ich dem „Bayern-Kurier“ wünsche in der Hoffnung, er möge zur Zeitung des bayerischen Volkes werden.

H. Ehard

Bayer. Ministerpräsident

### An unsere Mitarbeiter und CSU-Freunde

Der Bayern-Kurier wird ab Juni 1950 die Wochenzeitung unserer Partei sein, in der über Grundlage und Ziele unserer Politik, über unsere Arbeit und Leistung in Bayern und Bonn der Öffentlichkeit berichtet wird. Der Bayern-Kurier übernimmt damit eine Aufgabe, die für die Erhaltung der Eigenstaatlichkeit Bayerns und für das Ansehen Bayerns im Deutschen Bund von wesentlicher Bedeutung ist. Sein Inhalt wird getragen sein von der Liebe zu Bayern, der Treue zu Deutschland und dem Bekenntnis zu Europa. Der Bayern-Kurier wird einer christlichen Kulturpolitik und sozialer Gerechtigkeit das Wort geben und wird seine Arbeit auf Sachlichkeit gründen, sich aber nicht scheuen, mit unseren Gegnern ein offenes und deutliches Wort zu sprechen.

Alle Freunde und Anhänger unserer politischen Bewegung werden aufgefordert, für den Bayern-Kurier zu werben und seine Arbeit durch Beiträge aller Art zu unterstützen. Durch vereinten Kräften werden wir unseren großen Zielen dienen. Der Bayern-Kurier wird uns helfen, in den kommenden Entscheidungen unsere Aufgaben zu erfüllen.

gez. Franz-Josef Strauß, MdB  
Generalsekretär der Christl.-Soz. Union.

Nicht ohne deutliches Vergnügen weist eine gewisse Presse auf die Spannungen hin, die in der Frage des Mitbestimmungsrechtes innerhalb der CDU/CSU entstanden sein sollen. Man zitiert die Debatte zwischen der „Ketteler-Wacht“, dem Verbandsblatt des Katholischen Arbeiterbundes, der sich auf die Erläuterungen des Kölner Kardinal-Erzbischofs Frings zu den Bochumer Beschlüssen beruft, und dem Adenauer nahestehenden „Rheinischen Merkur“, der angeblich versuche, die Bochumer Beschlüsse zu entwerten. Man weist darauf hin, daß diese Frage nicht nur innerhalb Deutschlands akut sei, sondern daß sie auch außenpolitisch hervorragende Bedeutung besitze, da es heute um die Frage ginge, ob die Neuordnung Europas aus dem Geiste sozialistischer Planwirtschaft oder eines konservativen Liberalismus heraus vollzogen werden solle.

Es konnte nicht ausbleiben, daß auch der Schuman-Plan dieser Prüfung unterzogen werden mußte. Es wird dabei festgestellt, daß Schuman durchaus nicht die Herrschaft eines riesig aufgeblähten Unternehmerkartells im Auge habe, sondern die Angleichung des sozialen Lebensstandards der beiden europäischen Bruder-völker. Man weist darauf hin, daß Schuman aus der sogenannten „sozialen Kirche“ in Frankreich stamme, die eine aktive soziale Verpflichtung als die Grundbedingung des Christentums fordere und damit im Gegensatz zur sogenannten „episkopalen Kirche“ stehe, die auf dem Schlagwort „Thron und Altar“ beharre und zu einer Kirche der Besitzenden, des Offizierskorps und der „Reaktionäre“ geworden sei. Damit hat man die angeblichen Spannungen glücklich in die Kirche und Religion selber hineinprojiziert. Der Vergleich mit den deutschen Verhältnissen liegt nahe.

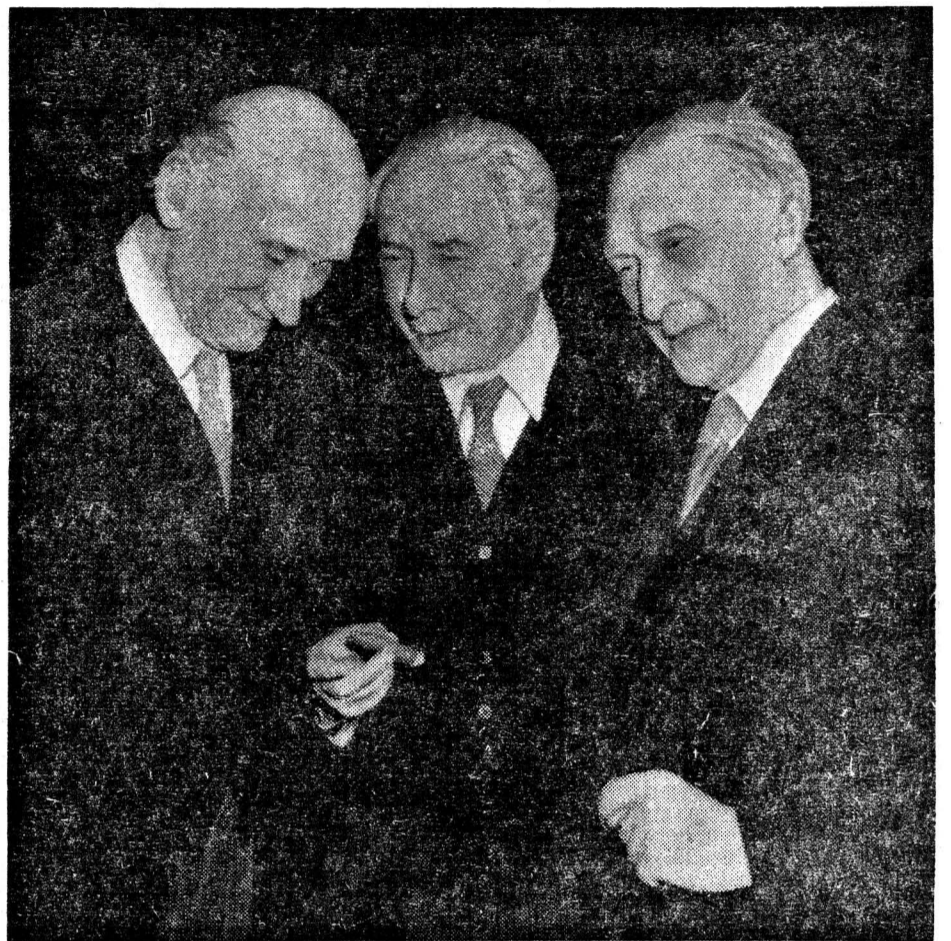
Aber in Wirklichkeit gibt es nur eine katholische Kirche und nur eine christliche Religion, deren Wesen die Liebe ist! Wenn die europäischen Politiker heute bereits wieder vom Reiche Karl des Großen sprechen, dessen Grenzen ja das Kerngebiet des heute noch vom Bolschewismus verschonten Europa umfassen, so mögen sie sich daran erinnern, daß Karls Kaisertum auf seinem engen Verhältnis zur Kirche beruhte. Er hat gegen die Slawen sowohl wie gegen die Sarazenen in Spanien und Arabien die abendländische Form des Christentums verteidigt, die nun einmal die geistige Grundlage Europas geworden ist.

Wenn man heute erfreulicherweise die Notwendigkeit einer moralischen Wiederaufrüstung erkennt, so sollte man doch nicht an der Tatsache vorbeisehen, daß der Begriff der Moral ohne Religion stets unsicher und verschwommen bleiben wird. Selbst Hitler sprach von einer „Kampfmoral“ seiner Soldaten. In Wirklichkeit geht es um die religiöse Aufrüstung Europas. „Die Christenheit oder Europa“ so heißt die geniale Vision, mit der Novalis, einer der begnadetsten Dichter der Romantik, die Tragfähigkeit des mittelalterlichen Abendlandes erkannt hat, bevor sie durch den Nationalitätenhaß auseinandergerissen wurden. Die Christenheit und Europa sind auch heute wieder Begriffe, die füreinander stehen können sollten.

Es gibt keinen sozialen Frieden, der auf der Idee des Klassenkampfes und des gottesleugnerischen Materialismus errichtet werden könnte. Allein das Gebot der Nächstenliebe ist imstande, diesen Frieden zu schaffen. Und in den internationalen Fragen ist es nicht anders. Auch hier kann man voraussagen, daß Europa nicht aus strategischen Spekulationen oder Rentabilitätsberechnungen einiger Wirtschaftskreise und auch nicht aus der Politik einzelner sozialistischer Parteien wiedergeboren werden kann, sondern nur aus der Kraft, mit der Völker wieder den Frieden suchen, nachdem die nationalen Streitigkeiten unwichtig geworden sind vor der Tatsache, daß alle europäischen Nationen gemeinsam um ihren Bestand und ihre christlich-humanistische Tradition zu kämpfen haben.

Es geht um mehr als um die Frage, ob die Pläne des französischen Außenministers Schuman oder des sozialdemokratischen Parteichefs Dr. Schumacher und seines Vorbildes Bevin die kommenden internationalen Verhandlungen bestimmen. Es geht auch um mehr als um einzelne nationale Bedenken. Natürlich lehnen wir das französische Vorgehen an der Saar ab. Aber wir werden uns deshalb nicht abhalten lassen, nach den Worten des bayerischen Ministerpräsidenten Ehard vor dem Bundesrat den uns endlich ermöglichten Schritt aus der bisherigen außenpolitischen Quarantäne heraus zu machen und unseren Beitrag zum Neubau Europas zu leisten. Vor dieser Aufgabe muß vorerst alles andere zurücktreten.

Man würde sich einer Illusion hingeben, wenn man darauf hoffen wollte, daß Europa in absehbarer Zeit die wirtschaftliche und militärische Kraft zurückgewinnen könnte, um sich in einer selbständigen und neutralen Position zwischen dem Ostblock und den Vereinigten Staaten von Amerika zu behaupten. Es ist die wirtschaftliche Kraft der Amerikaner, die den europäischen Wirtschaftskreislauf mit



Wir möchten dieses Bild bald wiederssehen, wenn der Schuman-Plan verwirklicht ist.

neuem Leben erfüllt hat, und das ist ihre große, militärische Stärke, die auch ohne nennenswerten sichtbaren Einsatz in Europa den Schild über die Entwicklung im Zeichen des Marshall-Planes gehalten hat, deren Früchte wir heute schon genießen können. Gerade weil es das selbstverständliche Bemühen des deutschen Volkes ist, das ja bei einem etwaigen Konflikt am meisten gefährdet wäre, den Frieden um jeden Preis aufrechtzuerhalten, dürfen wir die Rückversicherung am System des atlantischen Verteidigungspaktes keinesfalls aufgeben. Diese Erkenntnis muß neben unserer würdigen Bereitschaft zur Mitarbeit am Neubau Europas die Grundlage unserer Außenpolitik sein, die von niemand in Zweifel gezogen werden darf. Genau so wie die Stabilität unserer Währung die Voraussetzung für ausländische Kapital-Investitionen in Deutschland ist, wird das Vertrauen in die Stetigkeit und Zuverlässigkeit unserer Außenpolitik das Fundament der internationalen Zusammenarbeit bilden müssen.

### Der Kampf um Berlin und Deutschland

Las man die Sondermeldung der beiden Parteien über die Pfingstschlacht von Berlin, so konnte man auf die Idee kommen, daß der „Kalte Krieg“ sich nun auch in dieser Hinsicht dem „Heißen Krieg“ angeglichen hat. Es war demzufolge selbstverständlich, daß man auf beiden Seiten in die Fanfaren stieß und einen großen Sieg in die Welt hinausposaunte. Auch im Westen stellt man mit Freude fest, daß kein Blut vergossen wurde und daß die Blauhemden der FDJ, die so manchen Berliner nicht mit Unrecht an die Brauhemden der HJ erinnerten, wieder aus der Gefahrezone verschwunden sind, in die sie der Ehrgeiz der Grothwohl-Ubricht und Genossen vorgeschickt hatte. Die große Propagandaaktion der SED ist wirkungslos wie das Hornberger Schießen verpufft. Der Westen hat sich nicht provozieren lassen, sondern hat im Gegenteil durch seine aktive Gegenpropaganda sich als überlegen erwiesen. Die vorsichtigen Andeutungen der ostzonalen Behörden, daß man darauf verzichten werde, die im Oktober stattfindenden Wahlen auch in Berlin abzuhalten, lassen jetzt schon klar erkennen, daß die Gewalthaber in Karlshorst sich ebenso sehr, wie ihre deutschen Handlanger im ostberliner Rathaus darüber im klaren sind, welche Schlappe sie erlitten haben. Sie befürchten nicht nur eine Wahlniederlage, sondern möchten auf alle Fälle vermeiden, daß Westberlin als zwölftes Land an die Bundesrepublik angeschlossen wird. Darüber hinaus haben sie eine kindische Furcht davor, daß sie nun endlich beim Wort genommen werden und etwas anderes für die Einheit Deutschlands tun sollen, als die Werbetrömmel der KPD zu rühren.

Von dieser Verworfenheit sticht die Ruhe, ja freudige Zustimmung, wohl-tuend ab, womit in Bonn die Note der Westmächte an die Sowjets aufgenommen wurde. Darin fordert der Westen energisch die Wiederherstellung der deutschen Einheit, die Abhaltung gesamtdeutscher freier Wahlen und gibt unter der Versicherung, daß er durch den Abschluß eines Separatfriedens mit der Bundesrepublik keinesfalls die endgültige Zerstückelung Deutschlands bestätigen wolle, zu erkennen, wie ernstlich ihm an der Wiederherstellung des Friedens in Mitteleuropa gelegen ist.

Wäre die Regierung der Bundesrepublik in Bonn so unfrei, wie es die SED-Propaganda behauptet und wie die aufgetakelten Regierungschefs der ostzonalen Volksdemokratie es wirklich sind, dann müßten sie ja ebenfalls vor den gesamtdeutschen Wahlen zittern, weil sie dann vom Sturme der öffentlichen Meinung hinweggefegt werden würden. Aber das Gegenteil ist der Fall. In getreuer Ausführung der Präambel des Grundgesetzes sieht man in Bonn die Bundesrepublik als das Kernstück der zukünftigen deutschen Einheit an. Man hat das feste Vertrauen — und darf es wohl auch haben —, daß freie Wahlen in Gesamtdeutschland zunächst einmal die vernichtende Niederlage der SED-beherrschten Regierung durch die Ostzonen-Bevölkerung bringen würden. Man ist daher froh und dankbar, daß die energische Note der Westmächte den Sowjets endlich die heuchlerische Initiative aus der Hand genommen hat, die sie immer wieder ergreifen, um sich als Vorkämpfer der deutschen Freiheit und Einheit darzustellen.

Die innere Ratlosigkeit im Lager der SED geht auch aus dem fanatischen Wutgeheul hervor, das als Antwort auf die Bekanntgabe des Schuman-Plans und den bevorstehenden Eintritt Deutschlands in den Europa-Rat erklang. Wäre es ihnen ernstlich um die Einheit Deutschlands zu tun, so könnten sie mit der Zustimmung zur Note der Alliierten eine ganz neue Entwicklung herbeiführen. Denn es ist noch nicht abzusehen, ob das Angebot des französischen Außenministers Schuman nicht nur gegenüber der Bundesrepublik, sondern auch gegenüber einer gesamtdeutschen Regierung aufrecht erhalten bleiben würde. Wenn die Sowjets eine kluge Politik zu treiben in der Lage wären, würden sie auf die Herrschaft über die 18 Millionen, bereits bis zum Weißbluten ausgepreßter Deutscher verzichten, um damit den Druck von Westdeutschland und darüber hinaus von ganz Westeuropa zu nehmen, der beide in den Kreis des atlantischen Verteidigungspaktes drängen muß. Aber sie können sich offenbar zu einem solchen Schritt nicht entschließen, weil sie eine Blamage von weltweitem Ausmaß erleben würden, wenn die Vertreter des freien Westens ungehindert Zutritt nach Ostdeutschland erhalten würden.

### Seidel appelliert ans Ausland

Minister Hanns Seidel ist weiteren Kreisen durch seine besonders energische Vertretung der wirtschaftlichen Belange Bayerns bekannt geworden, die sogar dazu geführt hatten, daß Bundeskanzler Adenauer ihn als Staatssekretär in das Kanzleramt nach Bonn berufen wollte. Der Bayerische Wirtschaftsminister befindet sich zur Zeit auf dem internationalen Kongress für Sozialwissenschaft in Rom. Wir bringen einen Auszug aus den Gedankengängen, mit denen er dort das Ausland auf die wirtschaftliche Notlage Deutschlands aufmerksam macht. Er hat den Mut, zum erstenmal klar die strukturellen Hintergründe der deutschen Arbeitslosigkeit zu umreißen. Zum erstenmal geht er dabei auch auf die wirtschaftliche Situation ein, die sich nach dem Auslaufen des Marshall-Planes ergeben wird. In klaren Zahlen zeichnet er den Kapitalbedarf Deutschlands und betont die Stabilität unserer Währung als die erste Voraussetzung ausländischer Investitionen.

Wirtschaftsminister Dr. Seidel sagte, die Finanzierung echter Exportaufträge könne sehr schnell erfolgen, innerhalb von acht Stunden, und die Landeszentralbank arbeite außerordentlich rasch. Aber die Beamten, die das Finanz- und das Wirtschaftsministerium im interministeriellen Kreditbewilligungsausschuß vertreten, seien überlastet und Personalmangel sei auch dafür verantwortlich zu machen, wenn sich die Auszahlung nach erfolgter Bewilligung verzögere. Aus dem Hause wurde darauf hingewiesen, daß Verzögerung der Kredite den endgültigen Verlust der ausländischen Märkte zur Folge haben könne. Das Ergebnis sei dann nicht nur Einbuße der Ausfuhr und des Gewinnes aus der Ausfuhr, sondern auch eine Zuspitzung der sozialen Verhältnisse.

Wenn es in Amerika ein innerer Markt von 180 Millionen Käufern möglich macht, daß der amerikanische Arbeiter mit 40 Stunden Arbeit viermal so viel produziert als der europäische Arbeiter mit einer höheren Arbeitszeit und daß als Folge der amerikanischen Lebensstandard viermal so hoch ist wie der europäische, muß es dann nicht als eine Notwendigkeit empfunden werden, die europäischen Völker zu einem Markt von 250 Millionen Käufern zusammenzuschließen, der den Aufbau einer modernen europäischen

Industrie zuläßt, einer Industrie, die in der Weltwirtschaft konkurrenzfähig ist? Deutschland empfindet diese Notwendigkeit besonders deutlich. Vielleicht ist es unsere eigentümliche Lage, die uns Deutsche veranlaßt, die europäischen Probleme mit einem Interesse zu betrachten, das uns befähigt, Vorurteile aufzugeben und unseren Beitrag zu leisten. Wie ist nun unsere Situation? Wenn ich versuche, Ihnen die Lage der deutschen Wirtschaft darzustellen, so bitte ich, mich von einer eingehenden Schilderung der ganzen Tiefe des nationalen, wirtschaftlichen und seelischen Zusammenbruchs des deutschen Volkes in der Folge der militärischen Niederlage zu enthalten. Sie ist im wesentlichen bekannt. Die fühlbarste Störung des deutschen Wirtschaftsgefüges wurde durch die politische Vivisektion Deutschlands nach dem Zusammenbruch ausgelöst. Das heute unter polnischer Verwaltung stehende deutsche Gebiet jenseits der Oder-Neiße-Linie umfaßt 25 Prozent des früheren Reichsgebietes. In ihm lag das wichtigste landwirtschaftliche Überschußgebiet, das Rückgrat der deutschen Ernährungswirtschaft. Ungefähr gleich groß ist die von der Sowjet-Union besetzte Zone; in ihr liegen ebenfalls weite landwirtschaftliche Überschußgebiete, vor allem aber die hochentwickelten Industriegebiete Sach-

sens, Berlins und Mittelddeutschlands. Der diese Zone begrenzende Eisernen Vorhang hat die organisch gewachsenen wirtschaftlichen Zusammenhänge roh auseinandergerissen, Absatzmärkte abgeschnitten, die dort konzentrierten Industrien abgetrennt, Kohle und Stromlieferungen unterbrochen und auf solche Weise nicht mehr funktionierende Trümmer einer früher ausgewogenen Wirtschaftsstruktur entstehen lassen. Dadurch wurde auf dem Ernährungsgebiet eine überwiegende Abhängigkeit Westdeutschlands von Einfuhren, auf dem industriellen Gebiet der Zwang zur Neuerrichtung von zahlreichen durch die Grenzziehung verlorengegangenen Industrien geschaffen. In diesen westdeutschen Raum mit seiner zerstörten Wirtschaft strömten seit 1945 rund 9 Millionen Heimatvertriebener und politischer Flüchtlinge aus dem Osten ein. Eine organische Verteilung dieser Massen über das Gesamtgebiet hin war nicht möglich. Wohnungen für die Unterbringung fehlten, Arbeitsplätze waren nicht vorhanden, die Ausstattung dieser bedauernswerten Menschen, die ohne jegliche Habe zu uns kamen, mit den lebensnotwendigsten Gütern war anfänglich undurchführbar. Erst seit der Währungsreform Mitte 1948 gelang es, einigermaßen, die Vertriebenen mit dem Notwendigsten

Fortsetzung auf Seite 6



# NOT ABZUWENDEN

Umfassende Hilfe für den Bayerischen Wald / Von Staatsrat Ernst Rattenhuber  
Bevollmächtigter Bayerns beim Bund



„Was — in der alten Kiste? — Nein, danke, fahren Sie mal alleine!“

## ZWEI IN EINEM BOOT

Vom 21. bis 25. Mai hielt die SPD in Hamburg ihren vierten Nachkriegsparteitag in dem schon von August Bebel eingeweihten Saal des Gewerkschaftshauses ab. Bekanntlich soll man seine Gegner weder über- noch unterschätzen, sondern ihre Stärken und Schwächen richtig in Rechnung setzen. Um dies zu können, ist es erforderlich, die Positionen des Gegners, seine Taktik und vermutlichen Absichten genau zu studieren. Die SPD ist die große parlamentarische Opposition der Bundesregierung und der CDU/CSU. Auf ihrem Parteitag in Hamburg bot sich die Gelegenheit, einen Blick in das sonst von außen wenig sichtbare Getriebe der sozialdemokratischen Parteimaschine zu tun. Zum Anfang ist in aller Objektivität festzustellen, daß die Organisation des von rund 400 Delegierten und einigen Dutzend Pressevertretern neben zahlreichen Gästen besuchten Parteitages vorzüglich war — was man schließlich von einer Partei verlangen kann, die Planung und Lenkung zu ihren höchsten politischen Prinzipien erhoben hat — und daß sowohl Referate wie Diskussionen auf einer imponierenden Niveauhöhe bei absoluter Sachlichkeit standen. Drei große Themen waren es, die eingehend durchgearbeitet wurden: Europa-Rat, Wirtschaftspolitik und die sozialistische Weltanschauung. Gerade die teilweise mit Schärfe geführte Aussprache lieferte den Beweis, daß von einem Hannoveraner Zentralismus nicht gut gesprochen werden kann. Es gab eine offene und klare Opposition gegen Schumacher. Wenn sie sich nicht durchsetzen konnte, dann ihrer schwächeren Argumente wegen. Schumacher selber ist ein Parteiführer von überdurchschnittlichem Format. Körperlich zerbrochen, arm- und beinamputiert, halbblind, ein Opfer der 12jährigen Kz-Haft, überwindet seine Hilflosigkeit ein fanatischer Wille, verbunden mit einem durchdringenden Intellekt. Tatsächlich hat die SPD aber neben ihm bereits eine neue Führungsschicht von 40- bis 50jährigen aufzuweisen, wie Ollenhauer, Heine, Carlo Schmid, Veit, der es teilweise gelungen ist — wenigstens in der Parteispitze —, die alten Veteranen aus der Weimarer Epoche in das Altenteil zu verweisen. Dies wurde besonders in der Debatte über den Europa-Rat deutlich, wo Paul Löbe zweifellos das Sprachrohr der Älteren war, die sich mit Schumachers radikalem Nein nicht einverstanden erklärten. Natürlich weiß Schumacher, daß die Mehrheit des Bundestages für Straßburg entscheiden wird, weil es Deutschland eine Chance bietet und weil ohne Straßburg keine konstruktive Lösung des deutsch-französischen Verhältnisses möglich ist. Es ist sicher, daß sich die SPD trotz ihres Nein natürlich auch nicht weigern wird, sich an der deutschen Delegation nach Straßburg zu beteiligen. Schumacher gab dies zwar nicht zu, sondern beantwortete eine entsprechende Frage ausweichend, dies sei noch nicht diskutiert. We wenig Schumachers Standpunkt opportunistischen oder gar nationalistischen Reaktionen entspringt, beweist es ne Einstellung zum Schuman-Plan. Hier sprach er aber das gefährliche Wort: „Wir opfern nicht das deutsche Volk der Stabilisierung des europäischen Kapitalismus!“ Er verdeutlichte dies weiterhin. Die deutsche Wirtschaft dürfe im Schuman-Plan nicht zu einem Konkurrenzfaktor gegen die sozialisierte Industrie Englands mißbraucht werden. Hier scheint uns indessen der Internationalismus Schumachers die Realitäten zu übersehen. Will die SPD damit nämlich sagen, daß sie bereit ist, den hohen Lebensstandard des britischen Arbeiters durch deutsche Demontagen und Arbeitslose zu sichern? Uns muß schließlich der Lebensstandard des deutschen Arbeiters und die Rentabilität unserer Wirtschaft näherliegen, als die Interessen Großbritanniens. Deswegen teilen wir auch den Optimismus der SPD be-

züglich der internationalen Sozialistenkonferenz (Comisco) nicht. Bisher hat noch keine Comisokonferenz den Außenminister der britischen Sozialisten, Mr. Bevin, bewegen können, seine verbissene antideutsche und antieuropäische Politik zu revidieren. Hier ist festzustellen, daß es leider auf diesem Parteitag versäumt wurde, dem anwesenden Sekretär der Labour-Party zu sagen, was der deutsche Arbeiter auf den Ruinen der demontierten Betriebe von der Solidarität der britischen Sozialisten mit ihren deutschen Gesinnungsgenossen hält. Das zweite große Thema war die Wirtschaftspolitik. Dabei kann die SPD auf eine Reihe bedeutender Theoretiker von Format wie Prof. Baade, Schiller, Nöting und Dr. Veit erweisen. Beachtlich ist das Zugeständnis, daß die Unternehmerinitiative ein notwendiges Aktivum jeder Volkswirtschaft sei. Man spricht nicht mehr von Zwangs- oder Bezugscheinwirtschaft. Statt dessen wird ein volkswirtschaftlicher Generalplan mit Investitions- und Zahlungsbilanz gefordert. Tatsächlich sind die Arbeits- und Bauprogramme der Bundesregierung ja auch nichts anderes als eine Kreditlenkung und Investitionsschwerpunktebildung. Baade formulierte, daß es die Aufgabe sei, in der Wirtschaft Ordnung und Freiheit in ein System zu bringen. Von der Sozialisierung wird nur noch bei den Grundindustrien gesprochen. Dagegen sind Mitbestimmung und Vollbeschäftigung unabdingbare Forderungen geblieben, wobei man sich über die Schwierigkeiten keinen Täuschungen hingibt und auch hier gemäßigte Lösungen anstrebt. Noch auffälliger wurde diese Tendenz der Abkehr vom klassischen und klassenkämpferischen Marxismus in dem Referat von Professor Carlo Schmid. Er sagte ganz offen, daß die SPD den engen Rahmen einer Weltanschauungspartei sprengen müsse. Sozialismus sei keine Weltanschauung, sondern ein politisches Zweckprogramm wie andere auch. Dies war in der Tat so revolutionär, daß sich

Ein gesegnetes Gebiet ist die Oberpfalz, trotz des aufopfernden Fleißes und der sprichwörtlichen Zähigkeit unserer oberpfälzischen Landsleute nie gewesen. Heute steht die Oberpfalz vor einer katastrophalen Notlage. Die Gründe für die Verschlechterung der Verhältnisse in den bayerischen Ostgebieten seit Ende des Weltkrieges sind einmal die völlige Abschneidung von der Tschechoslowakei, von Österreich und den östlichen Nachbarländern, zu denen rege wirtschaftliche Beziehungen bestanden. Zum anderen hat die Abschließung der mitteldeutschen und ostdeutschen Gebietsteile eine gewachsene wirtschaftliche Verflechtung zerstört. Am meisten ins Gewicht fällt jedoch, daß der Einstrom der Heimatvertriebenen natürlicherweise im Grenzgebiet besonders stark war und noch immer anhält.

Verkehrstechnisch betrachtet sind die bayerischen Ostgebiete stark benachteiligt. Durch die weit nach Westen und Süden ausgedehnte sowjetische Besatzungszone ist hier ein toter Winkel entstanden, der durch die notwendige Bezahlung von Umweggeldern frachttuernd wirkt. Im Verkehr mit den Seehäfen und Nordwestdeutschland entstehen Umwege von 150 km und mehr. Dadurch sind Härten entstanden, die die Konkurrenzfähigkeit unserer oberpfälzischen Industrie bedrohen, nachdem sie

die natürlichen Absatzgebiete im Ausland durch die politischen Ereignisse verloren hat.

Wenn wir uns also über die Gründe im klaren sind, die zu dieser Verschärfung der Lage geführt haben, so hat man daraus in München und auch in Bonn die Konsequenzen gezogen und ein Programm aufgestellt, das zur Behebung der krassen Notstände dienen soll. Folgende Vorschläge sind gemacht worden: 1. Es müssen die verkehrsmäßigen Voraussetzungen geschaffen werden, auf deren Grundlage die staatliche Hilfe einen dauernden Erfolg haben kann. (Beseitigung der Umwegsfrachten und Sondertarife in Einzelfällen). 2. Die staatliche Unterstützung muß einsetzen mit besonderer Bereitstellung von staatlichen Mitteln der wertschöpfenden Arbeitslosenfürsorge und des sozialen Wohnungsbaus sowie im Rahmen des Finanzausgleichs und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge. Ferner durch Förderung des Fremdenverkehrs, Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft und Förderung der bestehenden Gewerbebetriebe. 3. Die Bevölkerungsdichte muß den strukturellen Voraussetzungen angepaßt werden.

Was können wir in Bonn tun, damit dieses vordringlichste Programm durchgesetzt wird. Von vornherein möchte ich dazu grundsätzlich einmal sagen, daß sich manche unserer Landesleute wohl nicht ganz im klaren darüber sind, was für ein erheblicher Unterschied besteht zwischen demjenigen, der die Notlage eines bestimmten Gebietes an Ort und Stelle erkennt und die nötigen Forderungen daraus ableitet und auf der anderen Seite demjenigen, der dann diese Forderungen in der Bundeshauptstadt durchzusetzen hat. Es ist weiterhin ein sehr großer Unterschied, ob man einmal mit protestgeschwelter Brust einen Besuch in Bonn macht und sich günstigstenfalls von Ministerium zu Ministerium reihen läßt, um da und dort begütigende Zusagen zu erhalten oder aber, ob man diese bestehenden gerechten Forderungen der bayerischen Heimat in Bonn tagaus tagein in einem zähen Kleinkrieg durchzuführen hat. Wenig Verständnis aber habe ich daher für Auslassungen, wie sie neulich in einem aus Regensburg datierten Bericht der amerikanischen „Neuen Zeitung“ enthalten waren, in dem es heißt: „Wir wollen nicht länger warten bis es der Regierung gefällt, ihr oft gegebenes Versprechen auf Hilfe einzulösen usw.“ Dieser Artikel sucht gerade auf die Kreise, die sich für den Bayerischen Wald und für Bayern wirklich eingesetzt und etwas erreicht haben, Schmutz zu werfen.

Was ist im einzelnen bisher erreicht worden und was streben wir noch an: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung nimmt im besonderen Maße auf den Bayerischen Wald Rücksicht. Die Bundesregierung hat in Zusammenarbeit mit der Bayerischen Staatsregierung Sorge dafür getragen, daß in erheblichem Umfang Aufträge im Rahmen der Programme zur Erneuerung des Oberbaus der Eisenbahn auf die ostbayerischen Gebiete vergeben wurden. Von den bis jetzt vergebenen Aufträgen sind mehr als 40 % der bayerischen Wirtschaft zugute gekommen. Für 5 Mill. DM Schotter und für 5 Mill. DM Schwellen sind aus Bayern angefordert worden und es ist damit zu rechnen, daß im Rahmen dieses Programms im Laufe dieses Jahres noch Millionenaufträge nach Ostbayern vergeben werden.

Ferner stehen wir seit längerer Zeit schon in Verhandlungen um Sonder-tarife für gewisse Industriegüter, die von besonderer Bedeutung für die bayerischen Ostgebiete sind, einzuführen und Umweggelder für Frachten zu beseitigen. Wie Bundesverkehrsminister Dr. Seeböhm Ende April mitteilte, hat er in der Frage der Gütertarife die Deutsche Bundesbahn inzwischen veranlaßt, unter Zurückstellung schwerwiegender Bedenken zu helfen.

Die Verhandlungen zur Konkretisierung des Bundeskabinettsbeschlusses, der das ostbayerische Gebiet zum Notstandsgebiet erklärte, sind noch im Gange. Im Augenblick ist das Bundeswirtschaftsministerium damit beschäftigt, eine genaue Definition der Gebiete festzulegen, die als Notstandsgebiete bezeichnet werden können. Wie vielleicht bekannt ist, sind bei meiner Dienststelle in Bonn nicht nur die einzelnen bayerischen Ressortministerien vertreten, sondern es ist der Dienststelle auch je ein Vertreter des Bayerischen Handwerkstages und des Landesausschusses der bayerischen Industrie zugeordnet. Auf diesem Wege konnte im Laufe des Behördenausbaus der Bundeshauptstadt eine ganze Reihe von Lieferaufträgen in das ostbayerische Gebiet gebracht werden, die wir sonst nicht bekommen hätten. Ich habe feststellen können, daß bei einzelnen Bundeswohnungsbauprojekten bayerische Firmen bis zu einem Drittel beteiligt wurden.

Wenn man draußen im Lande gelegentlich kritisiert, daß manche der geplanten Maßnahmen und Projekte sich nur recht langsam verwirklichen, so darf man doch bei der Beurteilung des Ganzen nicht übersehen, welche großen Anlaufschwierigkeiten noch alle auf Bundesebene getroffenen Maßnahmen naturgemäß haben.



Über die deutschen Kriegsgefangenen in Rußland bereiten, wie eine Auslands-korrespondenz berichtet, die Westmächte eine Anfrage an die Sowjetunion vor, die die TASS-Erklärung über den Abschluß der Rückführung als falsch bezeichnet und grundsätzlich ablehnt sowie genaue zahlenmäßige Klarstellung über den Verbleib der mindestens 400 000 Deutschen verlangt, die nach alliierter Schätzung noch zurückkehren müßten.

Mindestens 1500 Ostzonen-Agenten sollen nach Mitteilung eines Sprechers des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen in der Bundesrepublik ihr Unwesen treiben. Seit dem letzten Herbst müsse man die monatliche Einsickerung dieser Sendlinge der SED auf durchschnittlich 120 schätzen. Als Organisator dieser Umtriebe wird ein ehemaliger General der Flieger Kurt Henschel vermutet, der sich zur Zeit in der Gegend von Münster aufhalten soll. Er erhalte seine Informationen von einem Beauftragten des SED-Politbüros, der ständig zwischen Ostberlin und Westdeutschland hin und her wechsele.

Über die Finanzlage des Bundes und der Länder wird Minister Schäffer dem Bundeskabinetts dieser Tage einen überaus ernst gehaltenen Bericht vorlegen. Auf Grund dessen entscheidende Beschlüsse gefaßt werden müssen. Der Bundesfinanzminister will, einer UPMeldung zufolge, mit diesem Schritt den gesetzgebenden Körperschaften „ganz reinen Wein einschenken“, um endlich von jenen Anforderungen befreit zu werden, die zu parteigegnerischen Zwecken ohne gleichzeitige Deckungsvorschläge an ihn gestellt werden.

Die Lohnverhandlungen in der Landwirtschaft brachten zwischen den Sozialpartnern nur eine Einigung über den Rahmen (Landesmantel)-Tarif. Die von der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Landesbezirk Bayern, geforderte 30prozentige Lohnerhöhung auf die im Juli 1949 vereinbarten Landarbeiterlöhne konnte nicht durchgesetzt werden.

Eine böse Konkurrenz für Loritz bedeutet die Gründung der „Deutschen Jedermann-Partei“ (DJP) durch Wilhelm Ochs in Kassel, der seinen in einem alten Möbelwagen betriebenen Ramschladen „Jedermann“ auf Politik umstellt hat. Auf der Gründungsversammlung entwickelte Ochs vor dreißig Neugierigen das Programm der neuen Partei, die eine Massenbewegung über das ganze Bundesgebiet werden soll und sich die Hauptaufgabe stellt, die Gehälter der Minister und der Beamten dem Lebensstandard des „darbenden Volkes“ anzu-

passen. Demnach scheint Ochs Loritzs gangbarste Reklameschlagler auf Lager nehmen zu wollen.

Das Evangelium als Basis der Politik fordert Bundesinnenminister Dr. Heine-mann in seiner Eigenschaft als Präses der Evangelischen Synode Deutschlands in einer Rede über christliche Verantwortung in der Politik. Wenn diese in der Praxis nicht in Erscheinung trete, werde sich ein politisches Chaos auf die Dauer nicht vermeiden lassen. — In seiner Eröffnungspredigt zur Kirchlichen Woche in Hamburg erklärte der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, Bischof Otto Dibelius, es sei Aufgabe der Kirche, zur Verantwortung der Menschen füreinander aufzurufen. Trotz der Schwere der letzten Jahre gebe es in Deutschland noch echtes Verantwortungsbewußtsein, doch seien Schranken und Grenzen vorhanden, die niedrigergerissen werden müßten, um Gottes Geist im Menschen wirken zu lassen.

Pieckistans Außenminister Dertinger machte seiner Wut über das Fiasco des Berliner Pfingsttreffens bei der Abschlußkundgebung in Ostberlin mit der Drohung Luft, es werde die Zeit kommen, in der die „Imperialisten“ aus Westdeutschland hinausgefegt sein würden und die FDJ ihre blauen Fahnen nach Frankfurt, Hamburg und auf den Petersberg tragen werde.

Der sowjetzonalen Brotkorb ist erneut höhergehängt worden. Auf Beschluß des Ministerrats werden die Preise für Milch, Eier, Mehl und Hülsenfrüchte ab sofort erhöht, weil die Landwirtschaft infolge der Belastung mit Betriebskosten und Abgaben sowie der Preisentwicklung für Produktionsmittel sonst nicht mehr bestehen könnte. — Wenn anderswo die Lebenshaltungskosten nicht im erwünschten Maße gesenkt werden können, nennt man das im SED-Jargon „kapitalistische Ausbeutung des schaffenden Volkes durch die Imperialisten und Kriegszetzer“.

In einem neuen SED-Schauprozeß in Potsdam wurde der frühere Bankier Emil Hedler zu lebenslänglichem Zuchthaus und völliger Vermögenskonfiskation verurteilt. Er war beschuldigt, 1945 Ascorbinsäure nach Westberlin verschoben und dadurch Vitaminmangel im Ostsektor verschuldet zu haben. Hedler konnte in der Verhandlung nachweisen, daß er die Waren durch Potsdamer SED-Größen bezogen und von ihnen auch ordnungsgemäße Ausfuhrpapiere erhalten hatte. Seine frühere Sekretärin, die diese auch von einem Stadtkämmerer bestätigten Vorgänge beidete, wurde unmittelbar nach ihrer Aussage verhaftet.

## Gebot der Stunde: Konsolidierung

(DUD) Es gab eine Zeit, da die politische Sensations-„Gerüchtersstattung“ von den Begleitumständen des Konsolidierungsprozesses innerhalb der CSU lebte. Was damals alles „berichtet“ und erdichtet wurde, ruht heute längst vergessen in den Zeitungsarchiven. Gegenwärtig ist die Konsolidierung der CSU eine Tatsache, die jeder zur Kenntnis nehmen muß.

Ein dankbareres Objekt bildete dann die WAW des Herrn Loritz, angefangen von der ministeriellen Groteske des Parteichefs bis zu den zahlreichen kleinen und größeren Skandalen mit all den wechselseitig erhobenen Beschuldigungen, die oft in bedenkliche Nähe zu verschiedenen Paragraphen des Strafgesetzbuches gerieten. Auch hier ist es seit einiger Zeit ruhiger geworden, nicht infolge einer inneren Konsolidierung der WAW, sondern weil Loritz es fertiggebracht hat, sich der Widersacher in der eigenen Partei „so oder so“ zu entledigen. Die „Affäre Goetzendorff“ ist allerdings noch nicht beim Schlußkapitel angelangt und die politisch interessierte Öffentlichkeit besitzt auch keine Garantie, daß sie nicht eines Tages wieder durch einen aus irgendeinem Winkel der WAW aufbrechenden Gestank belästigt wird.

Dafür ist in den letzten Wochen die Bayernpartei in den Mittelpunkt des Interesses getreten. Nicht etwa durch sachliche Arbeit, sondern durch die Kontroverse Dr. Baumgartner—Donhauser und Genossen. Man wird auch diese Auseinandersetzung als ein Ringen nach einer Konsolidierung sehen müssen, und es wird viel davon abhängen, ob im Widerstreit der Meinungen und Personen in der Bayernpartei die christlich-konserva-

einige alte „Kämpfer“ nicht enthalten konnten, auf die Gefahren solcher Verallgemeinerung hinzuweisen. Insbesondere Willi Eichler (Köln) machte aus seiner kirchenfeindlichen Einstellung kein Hehl, indem er das Schlagwort vom klerikal-kapitalistischen Bündnis gebrauchte. Herta Gotthelf vom Parteivorstand sprach von einem „großen jüdischen Rabbi“, als sie Christus meinte. Tatsächlich würde Carlo Schmid's Forderung nämlich bedeuten, daß Materialismus, Freidenkertum und Klassenkampf damit endgültig ins Parteimuseum wandern müßten. Es scheint jedenfalls, daß hier ein geistiger Umsichtungsprozeß in der SPD im Gange ist, dessen Ziel Schmid mit dem kühnen Satz aufzeigte: „Nichts darf einen Christen daran hindern, in den Reihen unserer Partei Christ zu sein. Allerdings auch nichts, Atheist zu sein“ fügte er hinzu. So ergibt sich zusammengenommen das Bild, daß sich in der SPD ein organisatorischer Konsolidierungsprozeß vollzogen hat, der sich in der imponierenden Mitgliederzahl von 736 218 ausdrückt. Dies sind nämlich mehr als 10 Prozent der SPD-Wähler von der letzten Bundestagswahl. Bei den christlichen Parteien finden wir leider nicht immer den selben Mut zur Konsequenz unter ihren Wählern. Bei allen grundsätzlichen Differenzen mit der SPD, vor allem auf kulturpolitischem Gebiet, muß anerkannt werden, daß es nur im Interesse der deutschen Demokratie liegen kann, wenn es der SPD gelingt, Sammelbecken der Opposition zu werden und dadurch die Bildung von extremistischen Parteien der äußersten Rechten oder Linken zu verhindern. Leider ist sie aber davon noch weit entfernt. Der Wille, die demokratischen Spielregeln zu achten, ist bei der SPD aufrecht. Ein gesundes Zweiparteiensystem hat sich bis jetzt noch immer als das sicherste Fundament der Demokratie erwiesen. Immerhin hat der Parteitag in Hamburg gezeigt, daß man sich um die Stabilität der SPD keine Sorgen zu machen braucht. (L. Goebe)

tiven Kräfte die Oberhand gewinnen oder ob jene Gruppe ungehemmt ans Ruder kommt, die stets in Gefahr ist, einen wohlverstandenen Föderalismus mit einem zum Chauvinismus gesteigerten Separatismus zu verwechseln. Die Bayernpartei könnte zu einem Faktor der bayerischen Landespolitik nur dann werden, wenn in ihrer Führung jener christlich-konservative Geist zum Durchbruch käme, von dem zweifellos die Mehrzahl ihrer Anhänger in Stadt und Land besetzt ist.

Es gibt auch in der Politik ein „Bayern den Bayern“, das einen durchaus positiven, in bester Art föderalistischen Sinn haben kann. Diese Auffassung wird man besonders angesichts des Umstandes in Erinnerung rufen müssen, daß Parteien und Gruppen in Bayern Fuß zu fassen suchen, die nicht nur in geographischem Sinne „landfremd“ sind, sondern auch politische Tendenzen repräsentieren, die dem bayerischen Charakter fernliegen. Hier ist an gewisse nationalistische Rechtsgruppen zu denken, die ihre schmale Position im Norden nicht ungern durch einen Einbruch nach Bayern erweitern würden. Man wird darüber nicht klagen dürfen, denn schließlich sind andererseits Alfred Loritz und August Haubleiter von Bayern aus zu politischen „Kreuzzügen“ nach dem Norden aufgeboren. Man wird aber all diese Bestrebungen sorgsam verfolgen und sich überall dort, wo es notwendig ist, darüber klar sein müssen, daß alle politischen Invasionsversuche um so weniger Aussicht auf Erfolg haben, je weniger sich die bayerische Bevölkerung durch einen wüsten Kampf der Parteien untereinander abgestoßen fühlen muß.